

Gibt es bald wieder Kleinklassen?

Heute debattiert der Grosse Rat über die Förderklassen-Initiative und den Gegenvorschlag.

Zara Zatti

Sie seien bereit, die Initiative zurückzuziehen, sollte der Grosse Rat den Gegenvorschlag zur Förderklassen-Initiative annehmen. Das gab das Initiativkomitee vergangene Woche überraschend bekannt. Der Grund: Die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats ist den Initiantinnen und Initianten in einem entscheidenden Punkt entgegengekommen.

Wohin mit Verhaltensauffälligen?

Der Regierungsrat hielt in seinem Gegenvorschlag an den Grundzügen der integrativen Schule fest (noch unter Führung des damaligen LDP-Bildungsleiters Conradin Cramer). So sah er zwar die Einführung von «Fördergruppen» und «Lerninseln» vor, die verhaltensauffälligen oder lernschwachen Kindern würden dabei aber grundsätzlich in der Regelklasse bleiben.

Diese Massnahmen gingen der Bildungscommission zu wenig weit, weshalb sie einen wei-

«Bei der integrativen Schule braucht es eine Kurskorrektur.»



Amina Trevisan
SP-Grossrätin

teren Passus in den Gegenvorschlag einbaute. Dieser sieht die Wiedereinführung von separierten Klassen vor. Die Kommission betont im Bericht, dass dies gemäss ihrer Definition «keiner Rückkehr zum früheren System der Kleinklassen gleichkommt».

Der Unterschied zur Förderklasse der Förderklassen-Initiative besteht in der Regelung, wer in die Förderklasse eingeteilt werden soll und wer nicht.

Gemäss Initiative sollen unter anderem auch verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in eine solche eingeteilt werden. Die BKK macht genau hier den Unterschied: «Nicht geeignet sind Förderklassen für Schülerinnen und Schüler mit auffälligem Verhalten, welche sich nicht auf Lernschwächen zurückführen lassen.» Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche sollen unter anderem in sonderschulischen Spezialangeboten unterrichtet werden, heisst es im Bericht. Solche Angebote gibt es schon heute, etwa an der Sekundarschule Sandgruben.

Gemäss einer Studie des Schweizer Lehrerverbands spielen die verhaltensauffälligen Schüler und Schülerinnen für die Arbeitsbelastung eine grosse Rolle. So gaben 90 Prozent der befragten Lehrkräfte an, Verhaltensauffälligkeiten seien ein Hauptproblem im Berufsalltag.

Ob in einem Schulhaus tatsächlich Förderklassen eingeführt werden und wie diese dann genau gestaltet werden, soll gemäss BKK jeder Standort selbst entscheiden. Die Kommission geht nicht davon aus, dass es in jedem Schulhaus Förderklassen geben wird.

Kritische Stimmen in der SP

Mit 10 zu 3 Stimmen hat sich die BKK für den Einsatz von Förderklassen ausgesprochen. Es zeichnet sich ab, dass der Grosse Rat heute für den damit ausgestatteten Gegenvorschlag stimmen wird. Auch die SP spricht sich für den Gegenvorschlag aus, auch wenn es innerhalb der Fraktion durchaus kritische Stimmen gibt.

Amina Trevisan, die sich in Vorstössen und in den sozialen Medien wiederholt gegen Separation in der Schule ausgesprochen hat, wird sich bei der Abstimmung enthalten. Sie ist Mitglied der BKK und kritisiert den Förderklassen-Passus des Gegenvorschlags. «Studien haben gezeigt, dass Kinder mit Lern-

schwächen mehr und schneller lernen, wenn sie mit leistungsstarken Kindern unterrichtet werden.» Im Gegenzug hätten die leistungsstarken Kinder keinen Nachteil, sofern die Zusammensetzung ausgeglichen sei. «Auch ich bin der Meinung, dass es bei der integrativen Schule eine Kurskorrektur braucht, weil viele Lehrerinnen und Lehrer stark belastet sind», sagt Trevisan. Diese Entlastung solle aber mittels Unterstützung im Regelunterricht und mit der Reduktion der Aufgaben erreicht werden.

Abgesehen vom Förderklassen-Passus stehe sie hinter dem Gegenvorschlag der BKK. Sie erachtet etwa die aufgenommene Doppelbesetzung als sinnvoll. Diese sieht vor, dass neben der Lehrperson auch eine Heilpädagogin oder ein Sozialpädagoge im Klassenzimmer anwesend ist. Diese Massnahme soll Lehrerinnen und Lehrer entlasten. Sollte sich der Grosse Rat nicht auf einen Gegenvorschlag einigen können, würde die Förderklassen-Initiative der Basler Stimmbevölkerung am 8. Februar vorgelegt.